

Stellungnahme zum Entwurf der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS)

Einleitung

Die Verständigung der Weltgemeinschaft auf die Agenda 2030 ist zu begrüßen. Sie kommt jedoch viel zu spät – hoffentlich nicht zu spät für nachfolgende Generationen. Entscheidend für ein Gelingen ist eine problemorientierte Definition normativer Vorgaben durch die Politik und die Umsetzung erforderlicher Maßnahmen. Eine Stellungnahme zur Integration der Agenda 2030 in die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie durch eine Einzelperson kann nur unvollkommen gelingen. Allein die Widersprüchlichkeit einiger Indikatoren zu erkennen, erfordert vielfache Fachkenntnis. So beschränken sich die folgenden Ausführungen auf signifikante Punkte, die zeigen, dass es der Politik nicht gelungen ist, den Menschen zu nachhaltigem Verhalten zu motivieren.

Schwachpunkt: Gleichgewicht Ökologie, Ökonomie, Soziales

Der Ansatz des Gleichgewichtes in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zwischen kapitalistischer Ökonomie, Ökologie und Sozialem entspricht nicht den diesbezüglichen inhärenten Gegebenheiten des Systems Erde. Kapitalistische Ökonomie und Soziales können sich nachhaltig nur innerhalb ökologischer/planetarischer Grenzen entwickeln. Diese Grenzen sind bzgl. der Parameter Klimawandel, Biodiversität und Stickstoffkreislauf überschritten. Alle anderen Parameter bewegen sich in Richtung ihrer Grenzen.

Bekanntheitsgrad/Bedeutung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

Der Bekanntheitsgrad der DNS ist in der Bevölkerung und bei kleineren und mittleren Unternehmen nicht oder lediglich oberflächlich bekannt. Entsprechendes gilt für die Einschätzung der erforderlichen Umsetzung nachhaltigen Handelns. Selbst in Regierung und Parlament ist von erheblichen Defiziten auszugehen. Zwei Beispiele:

- Zitat Professor Dr. Castellucci (12/2015): *„...und wir müssen uns als Parlament das Thema Nachhaltigkeit auch stärker aneignen, als das in der Vergangenheit passiert ist....es ist eher ein Nischendasein als das es wirklich Leitbild und Zentrum von nationaler Politik ist“* und
- Zitat Dr. Willms(12/015): *„...bekommen wir im Beirat immer noch Gesetzentwürfe aus denen klar hervorgeht, dass die Existenz dieser Strategie nicht bis in alle Äste der Regierung durchgedrungen ist.Wir müssen die NNS ernstnehmen und mit Leben füllen...“*

Komplexität überfordert den „Normalbürger“

Für den sogenannten Durchschnittsbürger ist es kaum möglich die Problematik der nachhaltigen Entwicklung (SDGs, deutsche Nachhaltigkeitsstrategie) zu erfassen. Das betrifft sowohl die fachliche Komplexität als auch den erforderlichen Zeitaufwand, der zum Verständnis erforderlich ist (vgl. die unzähligen Veröffentlichungen, Strategien, beteiligte Organisationen usw.).

Dekadenz - Falsche Bildungsinhalte – Freiheit setzt Verantwortungsfähigkeit voraus.

Das gegenwärtige Verständnis von individueller Freiheit fokussiert auf eine „Recht-auf-Haltung“ zum Nachteil des Gemeinwohlaspektes „Verpflichtung-zu“. Die allgemeine Verantwortungsfähigkeit für freiheitliches Wollen/Handel ist ungenügend entwickelt.

Der Nachhaltigkeitsindex Bildung weist einen positiven Trend zu höherer Bildung auf. Hier handelt es sich offensichtlich lediglich um eine quantitative Steigerung. Die mit dem Indikator Bildung nicht erfassten Bildungsinhalte entsprechen nicht den Anforderungen, die eine nachhaltige Entwicklung benötigt.

Eine auf Freiheit gegründete Gesellschaft sollte die Grenze zwischen Wohlstand und Dekadenz erkennen. Diese Grenze wird in D umfassend überschritten, z.B.: über 50% Übergewichtige und über 20% Fettleibige in D stehen fast 900.000.000 Hungernde in einer globalisierten Welt gegenüber.

Missbrauch, kriminelles Verhalten - Demotivation

Inhalte von Hochglanz-Präsentationen verschiedenster Unternehmen stehen oft im Widerspruch zu deren tatsächlichen Nachhaltigkeitsbeiträgen – man hat das Gefühl des Etikettenschwindels. Bestimmte Machenschaften sind als kriminell zu bezeichnen. Sie gefährden die Gesundheit der Bevölkerungen (Abgasbetrug). Das Verhalten der Politik ist nicht geeignet die Motivation zu nachhaltigem Konsum zu befördern. Einige Beispiel umfassender Demotivationen:

- Tesla (Gesamtbilanz E-Mobilität)
- Abgasbetrug mit Wissen von Politikern und Institutionen
- Nichtnachhaltige Rohstoffgewinnung, Fracking uvm

Bisherige Ergebnisse deutscher Nachhaltigkeitsbemühungen

Politiker und Wirtschaftsmanager heben gerne die Erfolge der Nachhaltigkeit und die deutsche Vorbild- bzw. Führungsposition hervor. Im internationalen Vergleich mag das teilweise stimmen, obwohl es dafür aufgrund fehlender belastbarer Indikatoren keine Nachweise gibt. Auch ist nicht geklärt, ob die deutschen Erfolge nicht zu Lasten anderer Staaten gehen. Hinsichtlich der ökologischen Nachhaltigkeits-Indikatoren ist ein Erfolg vor dem Hintergrund des globalen Temperaturanstiegs und dessen aktuellem Trend nicht gegeben. Jahrzehnte galt das Primat der kapitalistischen Ökonomie mit einem unglaublichen Raubbau an den menschlichen Lebensgrundlagen. Als Ergebnis der jahrzehntelangen wissenschaftlichen Aufklärungen, nationalen und internationalen Konferenzaktivitäten, Dialog-Veranstaltungen uswuf. wurden die größten ökologischen Verfehlungen marginal korrigiert. Diese Entwicklung, bei gesteigerten Konsum mit den bekannten Rebound- Effekten, stellt aber keinen Erfolg im Sinne absoluter ökologischer Verbesserungen dar. Vgl. dazu die Entwicklung relevanter Indikatoren:

- Energieverbrauch private Haushalte: marginale Reduzierung.
- Treibhausgasemissionen: seit 2009 keine Reduzierungen, ohne zusätzliche Maßnahmen wird das Ziel 2020 nicht erreicht.
- Artenvielfalt und Landschaftsqualität: seit 2000 keine Verbesserung in der Summe, ohne zusätzliche Maßnahmen wird das Ziel 2030 nicht erreicht.
- Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche: ohne zusätzliche Maßnahmen wird das Ziel 2030 nicht erreicht.
- Emissionen von Luftschadstoffen: Stagnation seit 2009, ohne zusätzliche Maßnahmen wird das Ziel 2030 nicht erreicht.
- Primärenergieverbrauch: Stagnation seit 2009, ohne zusätzliche Maßnahmen wird das Ziel 2030 nicht erreicht
- Rohstoffentnahme: Anstieg seit 2009, ohne zusätzliche Maßnahmen wird das Ziel 2030 nicht erreicht

Wirtschaft versus Umweltschutz

In Vorträgen, Anhörungen und Stellungnahmen (z.B. Enquete Kommissionen, Rat für nachhaltige Entwicklung, Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklungen, wissenschaftliche Beirat globale Umweltveränderungen, Kirchentagen....) erfährt man die

Dringlichkeit des nachhaltigen Handelns. Man erkennt den signifikanten Interessenunterschied zwischen Wirtschaft und Umweltschutz. Die Empfehlungen der Nachhaltigkeitsexperten an die Bundesregierung werden nicht in gebotenum Umfang und problemorientierter Geschwindigkeit umgesetzt. Die wirtschaftlichen Interessen dominieren die Politik – Ergebnis: siehe oben (Indikatoren)

Der Markt versagt - Politik ohne Mut

Politik vermittelt den Eindruck, alles könne bleiben wie es ist – nur nachhaltiger muss es werden. Dieses Signal sendet sie an alle Beteiligten, versehen mit Angela Merkels Hinweis im Vorwort zum Fortschrittsbericht (NNS): „Nachhaltigkeit geht jeden etwas an“. Das sind keine Impulse die eine Transformation unterstützen können. (vgl. dazu oben die Zitate Castellucci und Willms). Politik setzt auf die freiwillige Bereitschaft und Fähigkeit der Gesellschaft, sich in Richtung Nachhaltigkeit zu bewegen. Die Annahme hat sich als Irrtum erwiesen. Politik hat nicht den Mut den vielfachen Forderungen nach normativen Vorgaben zu folgen. In der jetzigen Form ist die Wirkung der Politik auf die Transformation minimal. Beispiel für Marktversagen:

- Fallende Rohstoffpreise (z.B. Stahl) verhindern die Recyclingfortschritte
- CO₂- Zertifikate sind wirkungslos
- Hausmüll in Verbrennungsanlagen enthält 50% stofflich verwertbare Materialien. Überkapazitäten der Verbrennungsanlagen führen zu Müllimporten

Große Transformation erfordert neues Denken - suffizienzorientiert

Die ökonomisch geprägte Denklöge der letzten zwei Jahrhunderte hat den Industrieländern einen nie gekannten (Überfluss-)Wohlstand gebracht. Allerdings – das wird seit ca. 40 Jahren immer deutlicher – zu Lasten unserer Lebensgrundlagen. Gegenwärtig wird versucht, mit dieser Denklöge die Transformation zu gestalten: Green Economy. Das erforderliche neue Denken muss in Richtung Suffizienz weisen. Der Begriff wird, im Gegensatz zur Effizienz, von der Politik nur zaghafte bemüht. Vermutlich deshalb, weil Suffizienz mit altem Denken Verlustgefühle provoziert – damit gewinnt man keine Wahlen. Um neues Denken zu entwickeln, muss Politik die Auseinandersetzung mit Suffizienz zu einem qualitativ höheren Wohlstand mit minimalem Ressourcenverbrauch anregen. Suffizienz-Forschungsvorhaben, -ergebnisse, z.B. des Wuppertalinstituts, sollten in die Diskussion Eingang finden (und kostenfrei zur Verfügung stehen).

Empfehlungen, Forderungen

Das kapitalistische Ökonomieverständnis ist zu ersetzen. Das gegenwärtig immer noch praktizierte Wirtschaften durch Verbrauch von Natur muss ersetzt werden durch ein Schützen der Natur in Form einer nachhaltigen Art der Nutzung (Bewirtschaftung). Indikatoren mit Bezug zu den planetarischen Grenzen (Biodiversität, Stickstoffkreislauf, Klimawandel) sind dabei von besonderer Bedeutung. Hier sind längst überfällige wirkungsrelevante Ziele und Maßnahmen zu definieren und umzusetzen. Es hat sich gezeigt, dass der Markt kein Organ zur Wahrnehmung der Risiken hat. Fachleute unterschiedlicher Institutionen fordern seit langem normative Vorgaben. Politik sollte hier endlich reagieren - zu viel Zeit ist bereits verstrichen. Das Prinzip, es jedem Recht machen zu wollen, wird der Verantwortung der Politik nicht gerecht.
